

Bulletin des X. Parteitages der KPD.

Nummer 12 Redaktion: Berlin SW 46
Telefon: 225111

Berlin, den 24. Juli 1925

Herausgeber: Zentrale der KPD.

Die Schlußsitzung des Parteitags.

An die Bezirksleitungen und Parteitage delegierten.

Werte Genossen!

Die vorliegende Nummer des Bulletin Nr. 12 ist die letzte Nummer, die erscheint. Die Thesen und Beschlüsse, die im Bulletin nicht zum Ausdruck gebracht werden, werden im Sonderdruck herausgegeben und gehen den Bezirken durch die Zentrale zu. Außerdem erscheint in kürzester Zeit das Parteitageprotokoll, das durch die bisher erschienenen Nummern des Bulletin nicht ersetzt werden kann, da im Protokoll neben den vollstimmigen Thesen und Beschlüssen die Referate und die Ausführungen der einzelnen Diskussionsredner in vollem Wortlaut gebracht werden, was im Bulletin wegen Platzmangels nicht möglich war. Das Bulletin hat nur den Zweck, der raschen Verständigung, die auf Kosten der Ausführlichkeit und der Genauigkeit eingetret. Wir ersuchen daher die Parteileitungen, die Ortsgruppenleitungen, die Bezirksleitungen, bei ihren Bezirksleitungen und diese wieder bei der Zentrale umgehend die für die betreffenden Bezirke in Frage kommenden Bestellungen anzugeben. Besonders wichtig ist das diesjährige Parteitageprotokoll für die Gewerkschaftsleitungen und Bezirksleitungen, das in keiner Zeile und in keiner Gewerkschaftsleitung fehlen darf.

Außerdem hat die Zentrale beschlossen, das Referat des Genossen Thälmann über die Gewerkschaftsleitung in Broschürenform sofort in einer Waffenaufgabe zu einem äußerst billigen Preise herauszugeben. Die Bezirksleitungen müssen jetzt schon diesbezügliche Bestellungen zur Aufarbeitung dieser Broschüre vornehmen. Das Referat des Genossen Thälmann über die weltpolitische Lage ist ebenfalls in Broschürenform erschienen und kann ebenfalls durch die ... über die Parteileitung besorgen werden. Kein Parteitag kann ohne diese Schriften auskommen und muß für die weite Verbreitung derselben Sorge tragen.

Den Parteitage-Delegierten werden sämtliche Nummern des Bulletin durch ihre Bezirksleitungen, soweit sie nicht bereits auf dem Parteitag erhalten haben, nachgeschickt. Die Bezirksleitungen haben die fehlenden Nummern für ihre Delegierten sofort bei der Zentrale nachzubestellen, um sie den Delegierten zufließen zu können.

Die Redaktion des Bulletin.

Sind und daß diese Thesen durch die Parteitagebefragung erst ihre volle Geltung erhalten haben. Es ist ganz klar, daß sie die parlamentarischen Aktionen nicht alle aus der Hand geben können.

Ich verlasse damit die Ultrafonten. (Zuruf Scholem: Auf Wiedersehen! — Weiter!) und will noch ein paar Worte zur Diskussion sagen. Ich bin gezwungen, auch hier gegen den Genossen Heintich einige Worte zu sagen. Es wäre natürlich zu wünschen, wenn auch die Chemnitzer Organisation sich die Kuantierungen abgewöhnen würde. In einer Partei kann man sich nicht bei so wichtigen politischen Entscheidungen als neutral erklären. Ich hoffe, daß der 10. Parteitag dazu beitragen wird, die Kuantierungen endlich zu begraben und auf eine einheitliche Plattform sich zu stellen.

Ich komme nun zur Gesamtsitzung und zu den Ausführungen des Genossen Meyer. Der Genosse Meyer betonte, daß Gegenstände konstruiert werden, wo keine sind. Ich frage Meyer, wenn keine Gegenstände vorhanden sind, wozu dann aber eine eigene Plattform? Wozu eine eigene Plattform, wenn angeblich hinsichtlich konstruiert ist, wir haben die Plattform nicht gemacht und haben sie auch nicht vorgelegt.

Und Genossen, der Genosse Meyer und die Ultrafonten treffen sich in einem Saal, nämlich in dem Saal, daß Frankfurt erledigt sein soll. Meyer hat das auch bestätigt. Er hat Scholem und Rosenbergs Recht anerkennen in ihrem Ausdruck, daß Frankfurt erledigt ist. Ich glaube, die Delegierten haben gesehen, daß die Zentrale nicht daran denkt, rechten Abweichungen gegenüber schwach zu sein. Aber wir können die Rechte nur bekämpfen, wenn wir eine einwandfreie politische Linie haben. Und Parteigenossen, ich sage klar und deutlich, wenn einige Genossen glauben, hier aufzutreten zu können als Ultrafonte oder links, dann verabschieden sie Frankfurt und nicht wir. Was war der Sinn von Frankfurt? Der Sinn von Frankfurt war die Schaffung einer einheitlichen Partei, die Begründung der Fraktionslosigkeiten, der großen Differenzen in der Partei. Glaubt ihr denn, wir haben gegen Brandtler zum Zweck geschimpft? Wir wollten, solange die Partei nicht einheitlich ist, solange Berlin und Halle, Hamburg und Rheinland nicht zusammengeschlossen ist, daß wir nicht kampfbereit sind. Und was den Zustand des Kampfes gegen Brandtler in die Erwägung ziehen will, der negiert die Möglichkeit, eine politische Partei zu schaffen.

Das Meyer brachte, waren Klagen über schlechte Behandlung. Wir werden uns bemühen, die schlechte Behandlung so einzurichten, daß die Genossen, wenn sie wirklich politisch einwandfrei sind, mit derartigen Klagen nicht mehr kommen können. Wenn ich aber herausstelle, daß die Genossen politisch andere Wege gehen, so werden die Genossen leben, daß wir trotz des Kampfes gegen die Ultrafonten und gerade wegen des Kampfes gegen die Ultrafonten nach wie vor mit ganzer Energie die rechten Abweichungen bekämpfen werden und die Revolution des 10. Parteitages gegen jeden Fraktionsmacher durchzuführen werden.

Ich möchte über die Gesamtsitzung, über die Gesamtstimmung in unserer Partei noch sagen: Wer Frankfurt mitgemacht hat, der weiß, welche ungeheure Fortschritt der heutige Parteitag ist. In Frankfurt war der Parteitag gleichmäßig verteilt, eine solche einheitliche Partei zu schaffen gegen eine noch sehr harte Widerarbeit, die erste Arbeitsergebnisse verrät. Unser heutiger Parteitag kennt einen solchen Kampf zwischen den Bezirken nicht, er hat trotz aller Schwächen ein einheitliches Ergebnis erzielt. Und das muß die Partei den Weg finden, um allen Zerlegungsversuchen mit ganzer Energie entgegenzutreten.

schäftigen haben mit der Verschärfung des Kampfes gegen die Zölle.

Parteiengenossen, in diesen wirtschaftlichen Fragen muß es uns gelingen, ebenso wie in unseren politischen Zielforderungen eine wirkliche rote Front von unten in den Betrieben aufzurichten. Und wenn wir zu diesem Kampfe unseres wirtschaftlichen Aktionsprogramms und heute fragen, wie die Sache aussieht, jeder Arbeiter wird zustimmen im Kampfe für den Achtundbentag, wird zustimmen im Kampfe gegen die Höhe, in den Fragen des Kampfes um höhere Löhne. Aber Parteigenossen, was die Arbeiterkraft hemmt und hindert, ist ihre organisatorische Schwäche, ist die Furcht, ist die Unfähigkeit zu kämpfen. Und deswegen ist im gegenwärtigen Moment die Verbreiterung unserer Front die wichtigste Forderung — und die Aufstellung einer wirklichen Verbindung mit der Arbeiterklasse die dringendste Aufgabe.

Wenn wir den zweiten Komplex betrachten, das ist der Kampf

gegen die monarchistische Reaktion.

Der Kampf, der geführt werden muß gegen das Fortschreiten der Monarchie und gegen die Versuche, auch die letzten Errungenschaften der Republik zu ändern.

Parteiengenossen! Es wäre ein großer und entscheidender Schritt, zu glauben, als ob die Monarchisten sich nach der mangelhaften Verfassungsänderung zurückgezogen hätten. Die SPD hat am Tage nach der Wahl Hindenburg ihre Aktion eingestellt, weil sie gefürchtet hat, durch den Kampf gegen Hindenburg in Schwierigkeiten mit der Regierung zu geraten. Man erzählt auch, daß die SPD sogar das berühmte Flugblatt Hindenburg auf den Schultern Thälmanns einhaken ließ, weil sie Angst hatte, eine Majoritätsabstimmung an Hindenburg zu begehen. Das kennzeichnet den Geist der SPD. Wir müssen überall die Führung der Kämpfe gegen die monarchistische Gefahr in die Hand nehmen, insbesondere dort, wo von den linken Sozialdemokraten die Theorie der Umwandlung der bürgerlichen Republik in die sozialistische Republik die Köpfe der Arbeiterklasse verwirrt.

Der dritte Komplex der Aufgaben ist der

Kampf gegen die Kriegsgefahr.

Der Kampf gegen den Garantiepakt, und die August-Demonstration, die wir vorbereitet haben, die in allen Teilen des Reiches die Arbeitermassen um die rote Fahne sammeln muß. Dieser Kampf gegen die Kriegsgefahr, gegen die Einkreisung Sowjetrußlands, gegen den Garantiepakt, der die politische Ordnung des Dawes-Planes bedeutet, sind aktuelle Fragen nicht nur für ein, zwei Wochen, sondern für eine ganze Reihe von Monaten, für eine ganze Phase unserer Arbeit. Wenn wir so diese Aktionslösungen unserer Partei in die breitesten Massen tragen, müssen wir verstehen, daß diese Aktionslösungen auf die jeweiligen örtlichen Verhältnisse, auf die konkrete Lage der Arbeiterklasse in den einzelnen Betrieben eingestrichelt sein müssen. In Sachsen und Thüringen und vielen anderen Teilen des Reiches gibt es auch in der SPD, manchen Klassenkampferisch geklammerten Arbeiter. In diese müssen wir härter als bisher heranzukommen versuchen.

Von diesem Parteitag muß die Frage der **Verbindung mit anderen Schichten.**

Die ernsteste Agitation auf dem linken Rand und unter den Mittelschichten sowie der arbeitenden Jugend mit ganzer Kraft gestellt werden. Diese Frage der Verbindung mit anderen Schichten ist natürlich nur möglich, wenn die Partei ein festes Fundament im Proletariat hat, und die Arbeit unter dem Proletariat wirklich mit größter Energie durchführt.

Die Organisationsdebatte, die wir auf diesem Parteitag hatten, und die den Journalisten so uninteressant war, ist für uns keine langweilige Frage, sondern die ernsteste Frage, wie wir neues Blut in die Partei bekommen, wie wir die Verbindung mit den Betrieben und den Arbeitern herstellen und diese zur Grundlage aller unserer Partiarbeiten machen. Diese Organisationsdebatte der wirklichen Durchdringung der Partei auf Betriebsebene, der Heranziehung neuer Arbeiterelemente soll nicht nur ein Wort des Parteitag sein, sondern die zentrale Aufgabe der Umwandlung ihrer Bezirke auf Grund der Organisationsdebatte des Parteitag sein und müssen sofort an die Arbeit herangehen, müssen diese Arbeit durchführen. Wir wissen, welche große Schwierigkeiten dabei zu überwinden sind.

In den nächsten Wochen und Monaten wird es trotz des Sommers ernste politische Vorgänge für unsere Partei geben. Es ist von den rheinischen Genossen von der teilweisen

6. Verhandlungstag.
Nachmittags-Sitzung.
Ruth Fischer, Zentrale:

Wenn die Frage der Präzedenzentscheidung und der Freundschaft gestellt wird, so hat Genosse Scholem nur prinzipiell von seinem falschen Standpunkt aus Bedenken dagegen. Und nach ein Wort dazu. Das Hauptargument aller Genossen von der Ultrafonten ist das, die Partei ist berrisch, aber die Partei darf nicht machen, was die Arbeiter nicht verstehen würden. Ich frage euch, wie viele Arbeiter verstehen uns heute nicht? Leben wir auf dem Rand oder in Deutschland. Unsere ganze Politik hat den Zweck, den Arbeitern unsere Ziele verständlich zu machen. Wenn 8 Millionen Proleten Brandtler wählen, von dem wir alle wissen, was für ein Verräter er an der Arbeiterklasse ist, und nur 2 Millionen Stimmen für unsere parteiatischen Genossen Thälmann abgegeben werden, dann trägt ich den Genossen Scholem, wo verbleiben uns die Arbeiter? Parteigenossen, gerade diese Ausführungen zeigen, daß Scholem im Hinblick auf viel im Parlament sitzt und nicht sieht, wie die Stimmung draußen unter den Massen ist. (Zuruf.)

Wer nicht blind ist, der muß gesehen haben, wie unsere besten Proleten in den Betrieben sich nicht richtig zu wehren wissen gegen die Vorwürfe der SPD-Arbeiter, wie sie dem Argument dieser Argumente entgegen sind immer, weil ihre Arbeit in den Betrieben und Gewerkschaften schlecht war. Parteigenossen, ich sage klar und deutlich, gewiß, das Argument vom Bündnis mit der Reaktion ist seit vielen Jahren angewandt worden. Aber hier handelt es sich um eine konkrete Analyse der Lage. Die Sozialdemokratie ging im letzten Jahr immer nur trotzen mit dem Argument des angeblichen Bündnisses mit der Reaktion. Wenn eine Partei sagt, daß der Bund mit der Reaktion ein Argument konzentriert, das bei den Massenverstand Einbruch macht, dann muß man sich ebenfalls darauf konzentrieren, dieses Argument zu zerlegen. Das sind die einfachsten Gelede der Verteidigung. Ich sage klar und deutlich, dieses Argument der Gruppe Scholem hat die praktische Durchführung dieser Taktik sehr gehemmt und ich glaube, daß es noch nicht gelungen ist, die Erfolge unserer Partei so anzuknüpfen, wie es notwendig wäre.

Bei dieser Gelegenheit muß noch eine theoretische Frage, die in den Wandlungen viel diskutiert worden sein soll, nämlich der Frage der Enttarnungspolitik gegenüber den Sozialdemokraten ist natürlich auch über die Frage des Bündnisses im Parlament gesprochen worden. Selbstverständlich ist die Grundfrage einer parlamentarischen Tätigkeit einer kommunistischen Fraktion eine absolute, unumkehrliche Oppositionshaltung gegen jede Regierung, ob sie aus reinen oder un-reinen Sozialdemokraten mit Zentrum und Sozialisten zusammenbesteht ist. Hier beginnt der Unterschied zwischen uns und den Genossen Meyer, der hier die Frage anders stellt. Genossen, für alle Situationen Rezepte zu machen, wie man eine Taktik auszuwählen soll, das lehnen wir ab. Die kommunistischen Parlamentarier müssen Verbindung mit den Massen, müssen Handlungsfähigkeit haben. Sie können nicht dem Feind im vornehmen verraten, wie sie sich verhalten werden. Sie müssen es verstehen, den Feind zu überfallen, durch Fragepolitik die Gegenstände im Hinblicken Zogers anzuknüpfen.

Und Parteigenossen, wenn der Genosse Scholem hier von Bündnissen an der Hand spricht und wenn die Genossen glauben, daß diese Thesen ein altes Geleht sind, dann mache ich darauf aufmerksam, daß sie seitlich vom Parteitag befristet

II. Die nächsten Aufgaben.

Ich komme nun zum zweiten Teil meines Schlußwortes, zur Frage: was soll die unmittelbare Arbeit des Parteitag sein? Innerhalb der Arbeiterklasse ist ein Leben, ein Werden nach neuen Wegen. Dieses Werden nach neuen Wegen leben wir in den verschiedenen Formen. Wir leben das in der Arbeiterdelegation, von der der ersten Berichte bereits eingelaufen sind, trotz aller sozialdemokratischen Versuche gegen diese Delegation zu kämpfen. Wir leben die ersten Schritte wieder, die bei den Bauarbeitern begonnen haben, wir leben die Vorbereitungen bei vielen Schichten, z. B. bei den Gas- und Elektricitätsarbeitern in Berlin. Es ist klar, daß die Frage des Achtundbentages, die Fragen der Sozialgesetzgebung, die Frage des Schutzes der Arbeiter im Vertriebe nicht zur Ruhe kommen und daß die Kämpfe der nächsten Zeit um die Erbringung dieser nächsten Forderungen gehen werden. Schon aus dem Referat über

die Gewerkschaftsfrage

ist hervorgegangen und auch aus der Diskussion über die Gewerkschaftsfrage, daß die Frage der Höhe und des Achtundbentages, die als Kampffragen gestellt werden müssen, verbunden ist mit der ersten Aufgabe, die Gewerkschaftsarbeit wirklich in den Mittelpunkt zu stellen. Ich wiederhole, daß die Gewerkschaftsarbeit — und die Genossen müssen das in allen Ortsgruppen wiederholen, bis es vorhanden ist — keine Reffortarbeit ist, sondern daß die ganze Partei die Gewerkschaftsarbeit mit derselben Energie zu leisten hat, wie alle Kämpfe gegen die Bourgeoisie geföhrt werden. Die Frage der Höhe, die Frage des Kampfes um den Achtundbentag tritt in ein akutes Stadium in dem Moment, in dem die Steuer und die Zollfrage ihre Auswirkungen zeigen werden. Daher wird die Frage der Höhe — von den Steuern schon gar nicht zu reden — wenn nicht in diesen nächsten Wochen, so im Verlaufe der nächsten Monate im Sinne des Reichsverbandes der Industrie und des Bundesverbandes erörtert werden. Die Sozialdemokraten beschränken ihre Gewerkschaft gegen die Höhe nur auf Geldwörter. Wir haben bereits Aktionskomitees gehabt, die sich zusammengeschlossen haben vom Kampf gegen die Höhe.

Diese wirkliche

rote Front von unten in den Betrieben.

diese Aktionen gegen die Höhe, sie legt mit ganzer Energie weiterzuführen, sie zu verbreitern, im ganzen Reiche die Aktion in unsere Hand zu nehmen. Demonstrationen gegen die Höhe zu veranstalten, diese Fragen zu stellen in der Öffentlichkeit, in den Gewerkschaften, das, Genossen, ist die dringendste Aufgabe, die sofort nach dem Parteitag eurer darri. Sofort nach dem Parteitag werden sich alle Organisationen zu be-

Kämpfung des Ruhrgebietes

gesprochen worden. Wir werden das Ruhrgebiet nicht dem Hummel der Nationalisten überlassen, unsere Genossen aus dem Ruhrgebiet werden alle Kräfte anspannen müssen, um dem Abzug der Besatzungstruppen den Proletariat zu machen, daß die Räumung nur das Vorpiel eines Verrates ist, nach dem ganz Deutschland besetzt werden kann. Unsere Genossen aus dem Rheinland werden die Bewegung der Arbeiterklasse, die von größter Bedeutung für das Gesamt-bild der Arbeiterklasse ist, anzu und nur nicht den Nationalisten, den Zentrumspredigern und Volkspredigern aller Sorten überlassen und das aus der Bewegung im Rheinland machen, was sie ursprünglich war: eine breite, wirklich proletarische Massenbewegung im Sinne der proletarischen Revolution.

Wenn wir an die

Aufgaben in Bayern

denken, wo trotz des scheinbaren Sozialistenschwundes innerhalb unserer Partei jede größere Arbeit unmöglich gemacht ist, so wird es die Aufgabe der bayerischen Genossen sein, nach dem Parteitag die Schaffung einer bayerischen kommunistischen Massenbewegung nach der langen Periode der Inaktivität anzubahnen in Angriff zu nehmen.

In Württemberg

haben wir seit einer längeren Zeit wie in Bayern. In den letzten Monaten haben herrliche Erfolge angeknüpft, das man sagen kann, daß die württembergischen Zustände sich den bayerischen gleichen werden, aber in Württemberg hat unsere Bewegung einen höheren Boden, eine höhere Grundlage, als die durch die Unfähigkeit geschwächte Bewegung in Bayern. Die württembergische Organisation muß jedoch trotz aller Schwierigkeiten dieser württembergischen Genossen eine wirkliche

... nach dem Parteitag werden sich alle Organisationen zu be-

... nach dem Parteitag werden sich alle Organisationen zu be-

... nach dem Parteitag werden sich alle Organisationen zu be-